

Kieber: Die Halle soll ins Gewerbegebiet

Gemeinderat und Bürgermeister wollen Gottenheimer Projekt aber nicht „zu den Akten legen“

GOTTENHEIM (ms). Wenn Gottenheim noch eine neue Mehrzweckhalle bekommen sollte, dann an einem anderen Standort und dort nur zu wesentlich günstigeren Konditionen. Darauf einigte sich der Gottenheimer Gemeinderat mehrheitlich. Sämtliche bisher vergebenen Planungs- und Ingenieuraufträge, die die bisherige Hallenplanung betreffen, werden zudem sofort gekündigt.

Schon in der Bürgerversammlung (die BZ berichtete) hatte Bürgermeister Volker Kieber vehement für Alternativüberlegungen in Sachen Hallenbau geworben. Er sei zwar immer noch der Meinung, dass Gottenheim eine neue Halle brauche, doch die Gemeinde müsse sich diese auch leisten können. „3,2 Millionen wie es der derzeitige Plan vorsieht sind nicht zu stemmen.“ Schließlich, erläuterte Rechnungsamtsleiter Hans-Friedrich Wessels, gehe die Gemeindeverwaltung derzeit von einem Haushaltsdefizit im Verwaltungshaushalt – ohne Hallenbau – in Höhe von 669 000 Euro aus. Die Rücklagen der Gemeinde seien zudem aufgespart, betonte der Bürgermeister.

Wenn überhaupt eine Halle gebaut werden könne, erläuterte Kieber, dann im Gewerbegebiet und maßgeblich nur unter Verwendung von Fertigbauteilen.

Nur so sei eine größtmögliche Auslastung bei deutlich geringeren Baukosten möglich. Denn nur eine Halle, die täglich genutzt werde, sei in der Lage, ihre Unkosten zu erwirtschaften. Und diese Nutzung verursache Lärm, die die Anwohner der Bahnhofstraße sicher nicht klaglos hinnähmen. Zudem böte sich dann die Möglichkeit, mit dem Verkaufserlös des dortigen Grundstücks den Hallenbau mit zu finanzieren.

Er wolle zudem noch andere Finanzierungskonzepte prüfen, sich um Partner und Sponsoren bemühen und mit dem Regierungspräsidium reden, um dort eine Verlängerung der Frist (derzeit bis zum 18. Juli) für die bereits zugesagten Fördermittel in Höhe von 780 000 Euro zu erwirken.

Heinz Nikola (FWG) stimmte dem Bürgermeister zu, dass eine Halle für 3,2 Millionen Euro derzeit nicht möglich sei. Doch er bat darum, die Sache nicht gänzlich zu den Akten zu legen. Alfons Hertweck (CDU) forderte, die Gemeinde solle nur für die Arbeiten bezahlen, die tatsächlich schon realisiert wurden. Zudem verwahrte er sich dagegen, dass bei Bürgern der Eindruck entstehen könne, der Gemeinderat habe das Projekt in den Sand gesetzt. „Die Bürger sollen wissen, dass sich die Voraussetzungen in kürzes-

ter Zeit klar verändert haben.“ Jörg Hunn (FBL) lobte die Arbeit des Bürgermeisters. „Es ist das erste Mal, dass in Gottenheim etwas so sachlich vorbereitet wird. Mir ist klar, die Halle geht nur am neuen Standort. Wir sollten jetzt einen Schnitt machen und neu anfangen.“

Lioba Himmelsbach (Frauenliste) erklärte, ihr sei schon immer klar gewesen, dass sie den Hallenbau so wie vorgesehen nicht mittragen könne. Alles sei zu wenig durchgeplant gewesen. Einstimmig votierten die Räte dann dafür, die Hallenplanungen unter den neuen Voraussetzungen weiterzuführen und den Standort Gewerbegebiet zu überprüfen.

Die Aufkündigung der Planungsaufträge stieß anschließend jedoch auf Widerstand von Birgit Wiloth-Sacherer und Wolfgang Streicher. Beide sahen darin eine endgültige Aufgabe des Standortes in der Bahnhofstraße.

Die anderen Räte teilten hingegen die Meinung von Bürgermeister Kieber. Insbesondere die Beauftragung eines Projektsteuerers kritisierte der Bürgermeister. Man habe genug kompetente Leute in Verwaltung und Gemeinderat, die sich hier einbringen könnten. Für die Bauüberwachung sei zudem der Architekt verantwortlich.